

BOX 6 Entwicklung politischer Teilhaberechte der Klimabewegung in Deutschland

„Eine große Gefahr für die Demokratie“ – so beschreibt der UN-Sonderberichterstatter für Umweltschützer die jüngsten Entwicklungen im Umgang mit Klimaaktivist*innen in Europa (Forst 2024). Die Klimakatastrophe wird nach wie vor unzureichend adressiert und diejenigen, die auf die drohenden Schäden aufmerksam machen, werden zunehmend in ihren Teilhaberechten eingeschränkt. In einer funktionierenden Demokratie ist es entscheidend, die Versammlungs-, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit zu schützen. Diese Grundrechte sind essenziell, um Meinungen und Anliegen verschiedener Gesellschaftsteile zu schützen und ihnen Raum zu bieten. Ihre Nutzung ermöglicht es, gesellschaftliche Probleme frühzeitig zu erkennen und anzugehen. Die für eine lebendige Demokratie wesentlichen Handlungsspielräume werden jedoch überall auf der Welt und auch in Deutschland zunehmend eingeschränkt (Amnesty International 2024).

Die von Green Legal Impact e.V. in Auftrag gegebene Green Legal Spaces Studie von 2025 zeigt, dass sich die zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume für die Klimabewegung in Deutschland verengt haben. Untersucht wurden vier verschiedene Bereiche: Die Perspektive der Klimaaktivist*innen, die Entwicklung polizeilichen Handelns gegen Klimaaktivist*innen, das Handeln von Verwaltung und Justiz sowie der politische und mediale Diskurs (Green Legal Impact Germany e.V. 2025). Die Studie wurde von Wissenschaftler*innen verschiedener Disziplinen durchgeführt und basiert auf einem Methodemix aus juristischer Analyse, diskursanalytischer Medienauswertung, Untersuchung polizeilicher und behördlicher Maßnahmen mittels quantitativer Inhaltsanalyse von Berichterstattung, Expert*inneninterviews sowie Onlinebefragungen von Klimaaktivist*innen.¹ Die Gesamtschau offenbart eine besorgniserregende Tendenz: Der Druck auf Klimaaktivist*innen nimmt zu und ihre Handlungsspielräume werden zunehmend eingeschränkt. Politische, rechtliche und soziale Rahmenbedingungen greifen ineinander und behindern die Beteiligung und Wirksamkeit der Klimabewegung. Besonders alarmierend ist die Feststellung, dass diese Tendenzen nicht isoliert auftreten, sondern systematisch sind. Dies kann prospektiv tiefgreifende Auswirkungen auf die Demokratie und die Fähigkeit der Gesellschaft haben, adäquat auf die Klimakrise zu reagieren. Daher müssen diese Entwicklungen nicht

nur wahrgenommen, sondern auch öffentlich diskutiert und in politischen Entscheidungsprozessen adressiert werden.

Ein signifikanter Teil der befragten Klimaaktivist*innen, hauptsächlich aus den Reihen von Fridays for Future und der Letzten Generation, hat bereits spürbare Einschränkungen ihrer demokratischen Rechte erlebt. Die (nicht-repräsentative) standardisierte Onlinebefragung von 162 Klimaaktivist*innen ergab, dass mehr als 83 Prozent der Befragten verschiedene Arten von Repressionen erlebt haben, darunter polizeiliche Maßnahmen, Versammlungsaufösungen und -verbote. Die Auswertung von Medienberichten ergab zudem, dass im Vergleich zu den Vorjahren die Anzahl und Intensität polizeilicher Maßnahmen gegen Klimaaktivist*innen wie beispielsweise Freiheitsentzug oder körperlicher Zwang in den Jahren 2022 und 2023 zugenommen haben. Diese Zunahme ist nicht auf konfrontative Protestformen beschränkt; vielmehr sind alle Formen von Klimaprotesten – direkte Aktionen und Blockaden, aber auch klassische Demonstrationen – von einer verstärkten polizeilichen Präsenz und vielfältigen polizeilichen Maßnahmen betroffen. Gleichzeitig zeigt die Analyse auch eine Verschiebung im öffentlichen Diskurs: Während vor 2022 die inhaltlichen Motive und Forderungen der Klimabewegung im Vordergrund standen, dominieren seit der Sicherheitsfragen die Berichterstattung.

Die Untersuchung der Justiz- und Verwaltungspraxis ergab darüber hinaus, dass diese von einem tief verwurzelten Pragmatismus geprägt ist, der darauf abzielt, mit Klimaprotesten möglichst effizient umzugehen. Dies führt dazu, dass neue Formen des Protests wie Straßenblockaden schnell in bestehende rechtliche und administrative Routinen eingegliedert und mit standardisierten Strafen belegt werden, was der Notwendigkeit der Prüfung der Verhältnismäßigkeit in jedem Einzelfall strukturell entgegensteht. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass diese Aktionen strafrechtlich verurteilt werden. Lokale Rechtskulturen beeinflussen diese Praktiken erheblich und führen zu einer inkonsistenten Strafverfolgung, die von Stadt zu Stadt variiert – beispielsweise wird Festkleben auf der Straße von der Staatsanwaltschaft in München überwiegend als Nötigung angeklagt, in Berlin hingegen als Nötigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Dabei haben die Gerichte noch eine

1 Durch die Komplexität und Aktualität des Themas sind viele Daten noch unzugänglich oder schwer zu erheben, sodass nicht alle relevanten Bereiche repräsentativ erfasst werden konnten. Beispielsweise war mangels Daten keine umfassende quantitative Auswertung von Urteilen oder Versammlungsbescheiden möglich. Die Ergebnisse können und sollten daher als Referenzpunkt für zukünftige Forschung dienen, um Veränderungen im Laufe der Zeit nachzuzeichnen.

Korrektivfunktion inne. So fließen grundrechtliche Erwägungen in die Prozesse mit ein und korrigieren Rechtsverstöße der Verwaltung. Freisprüche aufgrund der Einbeziehung der Versammlungs- und der Meinungsfreiheit sind juristisch vertretbar (EGMR 2025). Nichtsdestotrotz zeigt die Analyse die Einflüsse auf, denen die Richter*innen unterliegen. So zeigen die geführten Interviews, dass etwa die Einschätzungen höherer Instanzenzüge, Pragmatismus und Karriereüberlegungen der Möglichkeit entgegenwirken, die politische und grundrechtliche Dimension stärker mit einzubeziehen.

Die Analyse des Diskurses über Klimaaktivist*innen und –proteste in Bundestagsdebatten, Tageszeitungen und sozialen Medien offenbarte eine deutliche Zunahme negativer Darstellungen und Frames. Besonders häufig wurden die Aktivitäten als Bedrohungen für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dargestellt und in den Jahren 2022 und 2023 als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Stabilität. Des Weiteren wurde in den politischen Debatten, oft angeführt von Parteien wie der AfD und der CDU/CSU, eine Radikalisierung des gesamten Klimaschutzsektors suggeriert, die eine differenzierte Betrachtung der unterschiedlichen Protestakteur*innen erschwert. Zudem illustriert der Diskurs, wie sprachliche Rahmungen in der politischen und medialen Debatte die gesellschaftliche Wahrnehmung und politische Reaktionen auf Klimaaktivist*innen beeinflussen. Durch die stetige Verwendung negativer Framings, die Klimaaktivismus beispielsweise als Gefahr für Recht und Ordnung darstellen, werden die Aktionen und Anliegen der Klimabewegung in ein schlechtes Licht gerückt, was die öffentliche Unterstützung für die Bewegung schwächt und politische Maßnahmen gegen sie fördert. Problematisch ist dabei die Rolle der Medien, die diese politischen Framings übernehmen und verstärken, wodurch eine vielschichtiger und ausgewogenere Darstellung der Klimabewegung verhindert wird. Eine unabhängige und kritische Medienberichterstattung ist essenziell, um die Klimabewegung angemessen zu repräsentieren und eine ausgewogene öffentliche Wahrnehmung zu gewährleisten.

Aus der Analyse der Entwicklungen lassen sich verschiedene Handlungsempfehlungen ableiten, um die Grundrechte auf Versammlungs-, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit zu schützen. Beispielsweise muss sichergestellt werden, dass Instrumente zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität nicht missbräuchlich gegen friedliche Aktivist*innen eingesetzt werden, solange deren Aktivitäten erkennbar auf eine Teilhabe an der Meinungsbildung abzielen. Die Bundesregierung sollte die Empfehlungen internationaler Gremien und Auftraggeber wie des UN-Sonderberichterstatters für Klimaschützer*innen aktiv umsetzen (Forst 2024), Repressionen gegen Klimaaktivist*innen entgegenwirken und die Handlungsspielräume für zivilgesellschaftliche Akteure achten und schützen. Sie

sollte zivilen Ungehorsam als legitimen Ausdruck demokratischer Teilhabe anerkennen, wenn dieser in Form von gewaltfreiem Protest stattfindet. Es muss sichergestellt werden, dass in der Strafzumessung die Grundrechtsausübung angemessen berücksichtigt wird. Der Staat und Entscheidungsträger*innen sollten es unterlassen, friedliche Klimaaktivist*innen als Gefahr für die Sicherheit und Ordnung, fremdgesteuerte Akteure oder eine Gefahr für Bürger*innen darzustellen. Die Gesellschaft muss sich mit der Frage auseinandersetzen, inwieweit ziviler Ungehorsam im Kampf gegen den Klimawandel legitim ist.

Autor*innen: Green Legal Impact Germany e.V.

Literaturverzeichnis

- Amnesty International. 2024. *Under Protected and Over Restricted: The state of the right to protest in 21 European countries*. URL: <https://www.amnesty.org/en/documents/eur01/8199/2024/en/>
- EGMR. 2025. Ludes u. a. gg. Frankreich. 40899/22.
- Forst, M. 2024. *State repression of environmental protest and civil disobedience: a major threat to human rights and democracy*. UN Special Rapporteur on Environmental Defenders under the Aarhus Convention
- Green Legal Impact Germany e.V. 2025. *Green Legal Spaces Studie 2025. Entwicklung politischer Teilhaberechte der Klimabewegung in Deutschland*. Green Legal Impact Germany e.V.